

Der Bremer Tierschutzverein hat nachgefragt.

Wahlprüfsteine zur Bremer Bürgerschaftswahl 2023

	CDU	FDP	Grüne	Die Linke	SPD
<p><i>1. Ist Ihre Partei für eine tierschutzgerechtere Novellierung des Bremischen Jagdgesetzes?</i></p>	<p>Derzeit sehen wir keine Notwendigkeit das Bremische Landesjagdgesetz zu novellieren. Wir stehen einer Diskussion hierzu aber offen gegenüber.</p>	<p>Wir setzen uns für ein modernes Wildtiermanagement ein. Jagd bedeutet auch Seuchenprävention sowie ein ausgewogenes „Beute zu Beutegreifer“-Verhältnis. Beim Bremischen Jagdgesetz sehen wir aktuell Keinen Novellierungsbedarf.</p>	<p>Ja, wir wollen das Jagdrecht verschärfen, um Wildtiere noch besser zu schützen. Daher sind wir ausdrücklich für eine tierschutzgerechte Novellierung des Bremischen Jagdgesetzes. Ziel ist es, die jagdbaren Arten sowie die Jagdmethoden im Sinne von Tier- und Artenschutz deutlich einzuschränken und generell den Tierschutz zu stärken, etwa durch regelmäßige Nachweise der Schießfähigkeit. Die Jagd auf Hunde und Katzen wollen wir beenden.</p>	<p>Für DIE LINKE gilt der Ökosystemansatz für die Jagd, was eine enge, konstruktive Zusammenarbeit zwischen allen Flächennutzer*innen voraussetzt. Aus Sicht der LINKEN darf Jagd kein Selbstzweck sein: Auch das Töten von Wildtieren muss deshalb tierschutzgerecht im Jagdgesetz geregelt werden. Zudem muss der Grundsatz gelten, dass den Tieren keine unnötigen Leiden zugefügt werden dürfen. Aus diesem Grund sind unsichere und unspezifische Jagdmethoden, wie die Fallen- oder Baujagd oder auch die Jagd mit Schrot, sehr kritisch einzuschätzen. Die Jagd mit grausamen Totschlagfallen lehnen wir grundsätzlich ab und setzen uns dafür ein, dass diese Art der Fallen endlich auch in Bremen verboten werden. Zudem bedarf es aus Sicht der LINKEN einer Überprüfung der bisherigen Jagdpraktiken und der ganzjährigen Genehmigung für die Jagd auf Füchse in Bremen.</p>	<p>Das Jagdrecht muss im Einklang mit dem Tierschutz stehen und darf die in der Bremer Landesverfassung garantierten Tierrechte nicht verletzen. Für die SPD muss eine zeitgemäße und naturnahe Jagd den Erfordernissen des Tierschutzes gerecht werden und sich an waldökologischen Prinzipien ausrichten. So setzen wir uns für ein bundesweites Verbot bleihaltiger Munition über das für Feuchtgebiete EU-weit erreichte Verbot dieser Munition hinaus weiter ein - eine entsprechende Änderung des Bremischen Jagdgesetzes haben wir auf den Weg gebracht.</p>
<p><i>2. Ist Ihre Partei für ein Verbot von Wildtieren im Zirkus?</i></p>	<p>Ja.</p>	<p>Die „artgerechte“ Haltung und ein tierschutzgerechter Umgang mit Wildtieren ist wichtig. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Wildtiere in Zirkussen gehalten werden dürfen</p>	<p>Ja, wir sind für ein Verbot von Wildtieren im Zirkus. Diese gehören nicht in den Zirkus. Öffentliche Flächen dürfen nicht an Zirkusse mit Wildtieren vergeben werden. Auf Bundesebene streben wir nach wie vor ein völliges Verbot von Wildtieren in Zirkussen an. Wir sehen grundsätzlich Tiere in Zirkussen kritisch und setzen uns für höhere Tierhaltungsstandards ein. Hier hat das Landesrecht jedoch leider auch Grenzen.</p>	<p>Wildlebende Tiere müssen besser geschützt werden. Die Haltung bestimmter Wildtierarten und die Dressur von Wildtieren in Zirkussen wollen wir im Sinne des Tierwohls beenden. DIE LINKE fordert schon lange ein bundesweites Verbot von Wildtieren im Zirkus.</p>	<p>Wir setzen uns auf Bundesebene für ein Wildtierversuch in Zirkussen und Shows ein. Derzeit gilt, dass es bei der Beurteilung einer artgerechten Tierhaltung in Zirkussen auf den Einzelfall ankommt. Die Überwachung und Einhaltung der hohen Tierschutzstandards ist eine hoheitliche Aufgabe der Länder. Bereits heute wirken wir deshalb darauf hin, dass in Bremen die Möglichkeit und die Pflicht, Verstöße gegen das Tierschutzgesetz zu sanktionieren, auch bei Zirkussen verstärkt wahrgenommen wird.</p>
<p><i>3. Ist Ihre Partei für die Beendigung der Tierversuche an Affen an der Bremer Universität?</i></p>	<p>Ja.</p>	<p>Wir sehen Tierversuche in der Forschung als unverzichtbar. Nichtsdestotrotz sind Tierversuche auf das absolut notwendige Maß zu beschränken und nur dann verantwortbar, wenn es keine Alternativen gibt. Wir stehen als Partei hinter der 3R-Methode und begrüßen alternative Forschungsmethoden, die dazu führen, dass Tierversuche entweder reduziert oder bestenfalls komplett vermieden oder, dass die Schmerzen der Tiere minimiert werden.</p>	<p>Ja, wir sind ausdrücklich für die Beendigung der Tierversuche an Affen an der Bremer Universität. Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel ausreizen, um diese Tierversuche zu beenden. Dabei setzen wir uns auch grundsätzlich dafür ein, dass Tierschutz auf Bundesebene weiter gestärkt wird, um einen vollständigen Ausstieg aus Tierversuchen zu erreichen.</p>	<p>DIE LINKE setzt sich für die Einstellung der Primatenversuche an der Universität Bremen ein. Bisher hinderte uns geltendes Bundesrecht an einem Verbot der Versuche. Daher werden wir uns auch zukünftig für ein strengeres Tierschutzrecht einsetzen, das Tierversuche sehr viel restriktiver handhabt, ebenso wie für eine weitere Reform des Hochschulgesetzes. Wir werden auf Landesebene nichts unversucht lassen, um weitere Versuche an Makaken zu verhindern.</p>	<p>Die Vorbehalte in der SPD gegen die an der Bremer Universität durchgeführten Affenversuche sind hinlänglich bekannt. Der Spielraum, den ein Landesparlament oder eine Landesregierung hier hat, ist aber ausgesprochen klein. Die Gesundheitsbehörde war zuletzt per Gerichtsbeschluss gezwungen, einen Antrag auf weitere Fortsetzung der Affenversuche zu genehmigen. Im Rahmen der Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes haben wir uns dafür eingesetzt, die Regelungen zum Tierschutz zu schärfen.</p>
<p><i>4. Ist Ihre Partei für ein Verbot weiterer</i></p>	<p>Unter strenger Aufsicht der zuständigen Behörden würden wir</p>	<p>Nein.</p>	<p>Ja, wir sind für ein Verbot weiterer Pferderennen in Bremen.</p>	<p>DIE LINKE sieht Pferderennen sehr kritisch. Jedes Jahr kommt es auf deutschen Pferderennbahnen und Parcours zu zahlreichen Unfällen. Dabei erleiden Menschen und Pferde</p>	<p>Der Tierschutz und damit das Wohl des Pferdes muss im Pferdesport über allen anderen</p>

Der Bremer Tierschutzverein hat nachgefragt.

Wahlprüfsteine zur Bremer Bürgerschaftswahl 2023

<p><i>Pferderennen in Bremen?</i></p>	<p>in Ausnahmefällen weitere Pferderennen in Bremen ermöglichen.</p>			<p>immer wieder schwere und teils irreparable Verletzungen, die zumeist für die Tiere tödlich enden. Zurzeit finden in Bremen keine Pferderennen statt, Pferderennen auf dem ehemaligen Gelände der Galopprennbahn sind auch zukünftig ausgeschlossen, eine Klage des Rennvereins blieb ohne Erfolg. DIE LINKE wird sich für ein Verbot weiterer Pferderennen in Bremen einsetzen.</p>	<p>Interessen stehen. Unabhängig von der Art der Nutzung muss das Wohlbefinden der Pferde jederzeit oberste Priorität haben. Die deutschen Tierschutzgesetze und hierzu bestehende Richtlinien tragen dem Rechnung, indem unter den Aspekten des Tierschutzes strenge Anforderungen an den Umgang mit und die Ausbildung sowie das Training von Pferden gestellt werden – insbesondere auch in sportlichen Wettbewerben. Für die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben im Bereich des Pferderennsports machen wir uns stark.</p>
<p><i>5. Ist Ihre Partei für die Einführung eines Sachkundenachweises für Hundehalter*innen und der damit verbundenen Abschaffung der sog. Rasseliste?</i></p>	<p>Wir befürworten die Einführung eines Sachkundenachweises für Hundehalter und werden die Abschaffung der Rasseliste im Gegenzug prüfen.</p>	<p>Ja, wir werden uns dafür einsetzen, dass statt der Rasseliste ein Sachkundenachweis eingeführt wird. Die Verantwortung liegt schließlich beim Halter und nicht bei der Rasse oder dem Tier selber.</p>	<p>Ja, wir wollen einen Sachkundenachweis für Hundehalter*innen, bei dem für jeden Hund die praktische Prüfung jeweils neu mit dem eigenem Hund erfolgt, damit ihre Halter*innen besser über die Bedürfnisse ihrer Hunde Bescheid wissen. Zum Schutz der Bürger*innen, aber auch der Hunde selbst, können Sachkundenachweise, ggf. zusammen mit Wesenstests, die unspezifischen und unzureichenden Rasselisten in Bremen und Bremerhaven ersetzen.</p>	<p>Leider werden auch im privaten Bereich Tierrechte verletzt. Deswegen müssen auch Tierhalter*innen, insbesondere Hundehalter*innen, in die Pflicht genommen werden. Die Hauptursache von Auffälligkeiten bei Hunden liegt in einer falschen Haltung. Es ist daher wichtig, zu prüfen, ob ein*e Hundehalter*in auch die richtigen Sachkenntnisse hat, um ein Tier zu halten. Daher wollen wir als LINKE einen verpflichtenden Sachkundenachweis einschließlich Hundeschulung einführen. Dieser schafft auch die Möglichkeit, die in der Kritik stehende Rasseliste abzuschaffen.</p>	<p>Die klaren Bremer Vorschriften zum Halten gefährlicher Hunde haben sich bewährt. Wir halten es für zulässig und auch geboten, Hundehalter*innen geringfügige Restriktionen bei ihrer Auswahlentscheidung aufzuerlegen. Wir werden weiterhin fortlaufend prüfen, ob eine Aktualisierung des Gesetzes etwa in Form einer Ausweitung auf andere Hunderassen erforderlich ist. Eine Abschaffung streben wir nicht an. Die zusätzliche Einführung einer Pflicht zum Nachweis der Sachkunde für alle Hundehalter*innen begrüßen wir und werden die Umsetzungsmöglichkeit prüfen.</p>
<p><i>6. Ist Ihre Partei für die Errichtung von Taubenhäusern in der Stadt?</i></p>	<p>Ja, wir wollen einen tiergerechten Umgang mit Tauben in der Stadt finden, indem wir die Taubenpopulation durch die Errichtung öffentlicher Taubenschläge kontrollieren und reduzieren.</p>	<p>Ja, wir sehen Taubenhäuser bzw. Taubenhotels als die tierfreundlichste Variante zur Reduzierung der Taubenpopulation in der Stadt.</p>	<p>Ja, das sind wir. Mit mehr Taubenhäusern schützen wir Tauben in der Stadt. Hier finden Tauben einen sicheren Rückzugsort, statt unter schlechten Bedingungen leben zu müssen. Taubenhäuser ermöglichen es, Tauben mit Nahrung und gesundheitlich zu versorgen, aber auch die Anzahl der Tiere durch Eiertausch besser zu kontrollieren. Wir wollen in der Stadt Bremen weitere Taubenhäuser aufbauen, sodass es in jedem Stadtteil Rückzugsorte für die Tiere gibt.</p>	<p>Die Überpopulation von Tauben in der Stadt sorgt für zahlreiche Probleme, die Voraussetzungen dafür haben aber die Menschen geschaffen. Die Tiere selbst sind die Leidtragenden. Wir wollen in Bremen an den zentralen Orten öffentliche Taubenschläge nach Augsburger Vorbild einführen. Nur so kann dem Taubenproblem sinnvoll begegnet werden.</p>	<p>In der Innenstadt ernähren sich Tauben hauptsächlich in ungeeigneter Weise von Abfällen und Essensresten – mit sehr negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Tiere. Durch die sukzessive Errichtung betreuter Taubenhäuser in Kombination mit einem lokalen Fütterungsverbot wird dem entgegengewirkt. Es soll dadurch eine Reduzierung der Stadttauben-Bestände erreicht und die Kosten für Gebäudereinigung sollen vermindert werden. Das geplante Taubenmanagement kann so unter Berücksichtigung des Tierschutzes einen unterstützenden Beitrag zu einer sauberen City leisten. Wir begrüßen das nunmehr am Standort Parkhaus am Brill beginnende Taubenmanagement.</p>
<p><i>7. Ist Ihre Partei für die Errichtung weiterer Hundeausläufe in Bremen?</i></p>	<p>Ja.</p>	<p>Ja, wir möchten weitere Hundefreiausläufe errichten, damit Hunden einen artgerechten Auslauf ermöglicht werden kann.</p>	<p>Ja, das sind wir – und haben in der laufenden Legislatur auch schon einiges dafür getan. Uns ist es wichtig, dass Hunde art- und tiergerecht gehalten werden. Dazu zählt u.a. das Angebot von ausreichend großen Ausläufflächen, auf denen die Hunde ihren Bedürfnissen nach tierischen Kontakten und ihrem Spielverhalten nachgehen können. Es ist wichtig, dass es genügend und gut erreichbare Areale gibt, in denen sich die Vierbeiner ganz legal ohne Leine austoben können. In den letzten Jahren</p>	<p>DIE LINKE will zusätzliche Hundeausläufflächen schaffen, wo sich Hunde ohne Leinenzwang bewegen können. Hundeausläufflächen sollen wohnortnah zugänglich sein. Dafür müssen weitere Flächen in den Beiratsgebieten definiert und von der Stadtverwaltung hergerichtet und unterhalten werden.</p>	<p>Die Anzahl der Freilaufflächen für Hunde wurde in Bremen im letzten Jahr von 2 auf 13 erhöht. Wir begrüßen es, dass mit dem dort ganzjährig möglichen Freilauf für Hunde eine Verminderung der Störung wildlebender Tiere einhergeht. Auch mögliche Konflikte zwischen Hundehalter:innen und Spaziergängern ohne Hunde werden dadurch verringert. Bei Anmeldung entsprechender Bedarfe werden wir die Möglichkeiten zur Ausweisung weiterer Flächen sorgfältig prüfen.</p>

**Der Bremer Tierschutzverein hat nachgefragt.
Wahlprüfsteine zur Bremer Bürgerschaftswahl 2023**

			hat sich – auch aufgrund unseres Engagements – bereits einiges getan. Wir haben die Zahl der Freilaufflächen von bisher zwei auf jetzt 13 erhöht. Und damit soll noch nicht Schluss sein.		
<i>8. Ist Ihre Partei für die Einführung einer Chip- und Registrierpflicht bei Hunden und Katzen?</i>	Ja.	Nein, für Hunde und Katzen möchten wir keine Chip und Registrierungspflicht einführen.	Ja, wir sind für die Einführung einer Chip- und Registrierpflicht bei Hunden und Katzen und haben in der laufenden Legislatur auch immer wieder auf deren Einführung gedrängt, leider bisher ohne Erfolg.	Eine verpflichtende Chip- und Registrierpflicht bei Hunden und Katzen und ein vernetztes Datenbanksystem könnte die Antwort auf eine Vielzahl von Problemen im Bereich von Tierschutzverstößen im Haustierbereich sein. Sowohl der illegale Handel von Haustieren insbesondere Welpen könnten dadurch eingedämmt werden als auch eine bessere Kontrolle der Haustierzucht vorgenommen werden. Es käme zu einer Entlastung der Tierheime und Tierhalter*innen hätten mehr Sicherheit beim Verlust ihrer Tiere. DIE LINKE setzt sich daher für die Einführung einer solchen Pflicht ein.	Eine Registrierung von Haustieren, um solche Vorfälle mit Haustieren aufzuklären, bei denen andere Tiere oder Personen verletzt werden sowie zur Rückführung entlaufener Tiere und um dem Aussetzen insgesamt entgegenzuwirken, ist zu begrüßen. Wir prüfen deshalb die Umsetzung einer Registrierpflicht, die zudem auch zu verbesserten Möglichkeiten zur Prüfung und Überwachung der Einhaltung der Vorgaben nach dem Tierschutzgesetz beitragen kann.
<i>9. Ist Ihre Partei für die Unterstützung bei Kastrationen und Versorgung von frei lebenden Katzen?</i>	Ja.	Ja, wir sind für die Unterstützung von Kastrationen und vor allem Versorgung von freilebenden Katzen.	Ja, wir sind für die Unterstützung bei Kastrationen und Versorgung von frei lebenden Katzen.	Um dem Problem einer ausufernden Katzenpopulation sinnvoll zu begegnen, spricht sich DIE LINKE für die Einführung eines Anreizsystems zur Förderung der Kastration von Hauskatzen aus und befürwortet die Kastration von streunenden und verwilderten Katzen, verbunden mit einer gesetzlichen Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für alle Hauskatzen. Diese ist mit der modernen Chiptechnik problemlos möglich und böte die Möglichkeit, sowohl die unkontrollierte Vermehrung der Tiere als auch die kriminelle Entsorgung von Katzen durch Aussetzen einzudämmen.	In Bremen und Bremerhaven besteht für Tierhalter durch Ortsgesetz die Verpflichtung, Freigänger-Katzen kastrieren zu lassen. Freilebende verwilderte Hauskatzen fallen im Hinblick auf Kastration und tierärztliche Fürsorge durch dieses gesetzliche Raster. Die unkontrollierte Vermehrung der herrenlosen Katzen erzeugt Tierleid und Elend der unversorgten Katzen. Wir befürworten daher die Kastration und Versorgung freilebender verwilderter Katzen und prüfen Unterstützungsmöglichkeiten.
<i>10. Ist Ihre Partei für die Errichtung einer Wildtierstation in Bremen?</i>	Ja.	Ja, wir möchten eine Wildtierstation in Bremen errichten. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass es den Bedarf gibt. Die Errichtung einer Wildtierstation sehen wir als Notwendigkeit an.	Ja, das sind wir. Mit einer Wildtierauffangstation helfen wir z. B. verletzten Tieren, um ihnen die Rückkehr in die freie Wildbahn zu ermöglichen. Wildtiere gehören in die Wildnis. Doch es gibt Situationen, in denen die Tiere zumindest kurzfristig auf die Hilfe des Menschen angewiesen sind. Daher braucht es auch im Land Bremen eine Wildtierauffangstation, in der die Tiere versorgt werden können, bis sie zurück in die freie Wildbahn können. Wir wollen in der kommenden Legislatur den Aufbau einer solchen Station ermöglichen.	Wir LINKEN setzen uns für eine auskömmliche Finanzierung des Tierheims ein und unterstützen die Überlegungen zu einer baulichen Erweiterung und der Errichtung einer Wildtierstation. Fördergelder müssen angehoben und verstetigt werden, damit das Tierheim auch in außergewöhnlichen Situationen wie der Pandemie reagieren kann.	Arten- und Wildtierschutz ist uns ein wichtiges Anliegen. Insbesondere im Umgang mit Wildtieren bedarf es einer sachkundigen Betreuung ggf. hilflos aufgefundener Tiere. Wir begrüßen entsprechende Stationen mit dem Ziel der Wiederauswilderung, die die Eingriffe in die natürlichen Lebenssituationen von Wildtieren sachkundig steuern und werden uns für eine Prüfung entsprechender Bedarfe in Bremen einsetzen.